12. Dienstag den 15. Januar 1861. 12.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Eröffnung des Landtags.

Berlin, 14. Januar 1861.

Nach vorhergegangenem Gottesdienste in der Hof- und Dom-Kirche und der St. Hedwigs-Kirche versammelten sich heute Mittags um 11½ Uhr die durch die Allerhöchste Verordnung vom 27. Dezember 1860 einberufenen Mitglieder der beiden Häuser des Landtages der Monarchie im Weißen Saale des Königlichen Schlosses. Nach dem Eintritt des Königlichen Staats-Ministeriums erklärte Se. Hoheit der Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen im Allerhöchsten Auftrage die Sitzung des Landtags für eröffnet und richtete an beide Häuser die Aufforderung, sich sofort in den anstoßenden Räumen des Königlichen Schlosses durch Bezeichnung des Alters-Präsidenten und der provisorischen Schriftführer zum Zwecke der unmittelbar nach Anhörung der Thronrede vorzunehmenden feierlichen Eidesleistung vorläufig zu konstituiren. Das Herrenhaus versammelte sich hierauf in dem Rittersaale und es übernahm hier, unter Zustimmung des Hauses, der Kron-Syndikus von Frankenberg-Ludwigsdorf den Vorsitz, als Alters-Präsident. Die vier jüngsten Mitglieder, von Gutzmerow, Freiherr von Romberg, von Carnap und von Schönborn, wurden zu Schriftführern bestellt. In dem Abgeordnetenhause, welches in der Bilder-Gallerie seine Sitzung hielt, wurde der Abgeordnete Braun als Alters-Präsident zum Vorsitz berufen und den Abgeordneten Dr. Falk, von Saucken-Labiau, Graf von Lehndorff und Schöller das Amt als Schriftführer übertragen. Nachdem dies geschehen war, kehrten beide Häuser des Landtages in den Weißen Saal zurück. Mit der Führung des Protokolls über den Akt der Vereidigung wurden demnächst Seitens des Königlichen Staats-Ministeriums der erste vortragende Rath im Königlichen Staats-Ministerium, Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrath Costenoble, Seitens des Herrenhauses der Schriftführer von Gutzmerow und Seitens des Abgeordnetenhauses der Schriftführer Dr. Falk beauftragt. Nach Beendigung dieser Vorbereitungen und auf die durch den Vorsitzenden des Staats-Ministeriums erfolgte Meldung begaben Sich, unter Vortritt des Staats-Ministeriums, Se. Majestät der König in Begleitung Ihrer Königlichen Hoheiten des Kronprinzen und Prinzen des Königlichen Hauses in dem nach dem Programm geordneten Zuge unter Vortragung der Reichsinsignien nach dem Weißen Saale und nahmen, mit einem begeisterten dreimaligen Hoch von der Versammlung empfangen, auf dem Throne Platz, während Ihre Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Prinzen des Königlichen Hauses zur Rechten des Thrones traten. Se. Majestät verlasen hierauf die nachfolgende Rede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

In tiefer Bewegung heiße Ich Sie willkommen. Die Hoffnungen und Wünsche, welche Ich von dieser Stelle zu Ihnen aussprach, sind nach Gottes unerforschlichem Willen nicht in Erfüllung gegangen. Mit Mir und Meinem Hause beweinen Sie den König, welcher nach schweren Leiden von uns genommen ist. Was die Regierung Meines in Gott ruhenden Bruders Majestät für Preußen war, was das Land Seiner großherzigen Führung zu danken hat, daran habe Ich die Vertretung des preußischen Volkes, welche von dem heimgegangenen Monarchen ins Leben gerufen wurde, nicht zu erinnern. König Friedrich Wilhelm der Vierte ist in schwerer Zeit geschieden. Eine schwere Aufgabe ist Mir zugefallen. Unter Gottes gnädigem Beistand gedenke Ich dieselbe glücklich hinauszuführen. Sie werden Mir dabei treu zur Seite stehen. Das Vaterland bedarf einsichtigen Rathes und selbstvergessener Hingebung.

Nachdem Ich es Angesichts hervorragender Fürsten des deutschen Bundes für die erste Aufgabe Meiner deutschen, Meiner europäischen Politik erklärt hatte, die Integrität des deutschen Bodens zu wahren, war es erforderlich, die Verstärkung unseres Heeres, zu welcher Sie die Mittel einstimmig gewährt hatten, in der Weise zu ordnen, daß nicht bloß die Zahl der Truppen gesteigert, sondern auch der innere Zusammenhalt, die Festigkeit und Zuverlässigkeit der neuen Bildungen gesichert wurden. Die zu diesem Zweck getroffenen Anordnungen bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grundlagen unserer Heeresverfassung. Aus den Ihnen vorzulegenden Voranschlägen werden Sie entnehmen, daß für das nächste Jahr Einschränkungen angeordnet sind, welche Ihnen verbürgen, daß für die Kriegstüchtigkeit des Heeres stets nur das Unentbehrliche beansprucht werden wird. Preußen hat über ausreichende Hülfsquellen zu verfügen, um seine Armee auf einem Achtung gebietenden Fuße zu erhalten. Der gegenwärtigen Lage Deutschlands und Europa's gegenüber wird die Landesvertretung Preußens sich der Aufgabe nicht versagen, das Geschaffene zu bewahren und in seiner Entwickelung zu fördern; sie wird sich der Unterstützung von Maaßnahmen nicht entziehen, auf welchen die Sicherheit Deutschlands und Preußens beruht.

Trotz des Druckes der politischen Verhältnisse dürfen wir mit Befriedigung auf die Lage der Finanzen sehen. Es steht zu hoffen, daß die dem verwichenen Jahre zur Last fallenden Ausgaben in den laufenden Einnahmen desselben ihre vollständige Deckung finden. Die aus den Ueberschüssen des Jahres 1859 vorsorglich reservirten Mittel werden somit an den Staatsschatz abgeführt werden können. Der Staatshaushaltsetat ist unter der bisherigen bewährten Vorsicht in der Veranschlagung der Einnahmen wie unter sorgfältiger Beschränkung der Verwaltungsausgaben aufgestellt worden. Er weist eine abermalige Steigerung der Erträge und die Mittel nach, allen berechtigten Anforderungen gerecht zu werden, nützliche Unternehmungen und Einrichtungen zu fördern, neue Bedürfnisse zu befriedigen und diejenigen außerordentlichen Zuschüsse zu vermindern, welche die Verstärkung des Heeres erfordert. Wenn auch zur Durchführung dieser großen Maaßregel diese Zuschüsse neben den einstweilen fortzuerhebenden Steuerzuschlägen für jetzt noch in erheblichem Maaße in Anspruch genommen werden, so ist doch der Besorgniß, daß die Ordnung unseres Staatshaushalts gestört werden könne, nicht Raum zu geben. Vielmehr darf von der naturgemäßen Zunahme der Einnahmequellen wie von der Reform der Grundsteuer-Gesetzgebung die Entbehrlichkeit außerordentlicher Hülfsmittel zur Deckung der Gesammtausgaben des Staats für eine nahe Zukunft in Aussicht genommen werden. Ich zähle auf Ihre Zustimmung zu den Gesetzentwürfen, welche die endliche Erledigung der Grundsteuerfrage herbeizuführen bestimmt sind. Krone und Land können auf einen erhöhten Ertrag der Grundsteuer nicht länger verzichten und die Verstärkung unseres Heeres wird erst dann gesichert sein, wenn alle Stände und Landestheile, wie sie die Wehrpflicht gleichmäßig tragen, so auch zu dem Aufwande, welchen die Armee erfordert, im Verhältniß ihrer Steuerkraft gleichmäßig beitragen werden.

Der Verkehr des Landes, wenn auch noch nicht zu der Regsamkeit zurückgeführt, welche den finanziellen und politischen Krisen der letzten Jahre vorherging, zeigt eine vermehrte Lebendigkeit. Die Förderung desselben in seinen verschiedenen Zweigen hat nicht aufgehört, einen Gegenstand der besonderen Fürsorge Meiner Regierung zu bilden. Eine weitere Ausdehnung des vaterländischen Eisenbahnnetzes ist eingeleitet. Die Aufhebung der Durchgangsabgaben und eine beträchtliche Herabsetzung der Rheinzölle ist mit den betheiligten Regierungen vereinbart. Meine Regierung steht im Begriff, mit der kaiserlich französischen Regierung über die vertragsmäßige Gestaltung der Verkehrsbeziehungen zwischen dem Zollverein und Frankreich in Unterhandlung zu treten. Die Reform des Eherechts wird, wie Ich Ihnen bereits am Schlusse des vorigen Landtags verkündet habe, wiederum zu Ihren Aufgaben gehören. Ich erwarte die endliche Erledigung dieser Frage mit Zuversicht. Ueber andere wichtige Vorlagen wird Ihnen Meine Regierung Mittheilung machen.

Im Laufe des verflossenen Jahres ist es Mir gelungen, die Beziehungen zu den Großstaaten durch persönliche Begegnungen mit den Monarchen derselben immer erfreulicher zu gestalten, und sind dies Bürgschaften für die Erhaltung des europäischen Friedens gewesen. Von dem Ernst der allgemeinen Lage Europa's durchdrungen, ist Meine Regierung fortgesetzt bestrebt, eine Revision der Kriegsverfassung des Bundes herbeizuführen, wie sie die gesteigerten militärischen Anforderungen der Gegenwart unabweisbar erheischen. Ich gebe Mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß diese Bemühungen endlich zum Ziele führen werden, da alle deutschen Regierungen und alle deutschen Stämme ein einmüthiges Zusammengehen als das dringendste Bedürfniß des Gesammtvaterlandes anerkennen. In Kurhessen währt ein Zwist fort, welchen Meine treuen, wohlgemeinten und gemäßigten Rathschläge nicht zu beseitigen vermocht haben. Die Bemühungen Meiner Regierung sind unausgesetzt auf die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes gerichtet. Zu Meinem lebhaften Bedauern haben die Schritte, welche Preußen in Uebereinstimmung mit den übrigen deutschen Bundesstaaten seit Jahren gethan hat, um die unter der Herrschaft des Königs von Dänemark vereinigten deutschen Herzogthümer in den Genuß eines, den bestehenden Vereinbarungen entsprechenden geregelten Verfassungszustandes treten zu sehen, bisher zu keinem Resultate geführt. Mit seinen deutschen Verbündeten erkennt Preußen es als eine nationale Pflicht an, nunmehr endlich die gebührende Lösung dieser Frage herbeizuführen.

Meine Regierung hat in bewegter Zeit begonnen. Was uns beschieden sein möge, Ich werde feststehen auf den Grundsätzen, mit welchen Ich die Regentschaft übernommen habe. Die Erfahrung, welche Ich in deren Anwendung gemacht, hat Mich von dem Werthe derselben nur noch inniger überzeugt. Entschlossen, die Wirksamkeit unserer Institutionen und unserer Gesetze zu kräftigen, die nationalen Interessen Preußens und Deutschlands mit Ernst und Nachdruck zu fördern, erblicke Ich in dem unbeirrten Festhalten dieses Weges die sicherste Bürgschaft gegen den Geist des Umsturzes, welcher sich in Europa regt. Ich vertraue, daß Preußen unter Meinem Scepter sich selbst treu bleiben wird. Ich vertraue, daß Preußen im Rathe seiner Vertreter wie in den Thaten seines Volkes beweisen wird, daß es nicht gemeint ist, hinter der Eintracht, der Kraft und dem Ruhme seiner Väter zurückzubleiben. Ich vertraue, daß das Land in unverbrüchlicher Treue zu Mir stehen wird in guten und bösen Tagen. Das walte Gott! Bei der Uebernahme der Regentschaft habe Ich gelobt, die Mir von Gott verliehene Macht der Verfassung und den Gesetzen des Königreiches gemäß üben zu wollen. Indem Ich auf jenes Gelübde verweise, fordere Ich Sie auf, Mir die Treue zu geloben, welche Sie Meinem verklärten Bruder geschworen und gehalten haben. So werden Sie Mir denn jetzt vor Gott dem Allmächtigen einen feierlichen Eid schwören, daß Sie Mir in Treue unterthan sein wollen, daß Sie Mir in der Ausübung Meiner Rechte und Pflichten mit Gut und Blut beistehen wollen.

Der am Schlusse der Allerhöchsten Thronrede enthaltenen Aufforderung gemäß wurde nunmehr von den Mitgliedern der beiden Häuser des Landtags der im Artikel 108 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 vorgeschriebene Eid geleistet. Auf Allerhöchsten Befehl verlas zuvor der Minister des Innern, Graf von Schwerin, die nachstehende Eidesformel: „Sie schwören zu Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, daß Sie Sr. Majestät dem Könige Wilhelm treu und gehorsam sein und die Verfassung gewissenhaft beobachten wollen.“ Zugleich erklärte der Minister des Innern, daß der Eid von jedem aufgerufenen Mitgliede vor dem Throne unter Erhebung der Schwurfinger durch die Worte zu leisten sei: „Ich (Vor- und Zuname) schwöre es, so wahr mir Gott helfe“, wobei es jedem Schwörenden anheimgestellt bleibe, am Schlusse die seinem religiösen Bekenntnisse entsprechende Bekräftigungsformel hinzuzufügen. Ferner bemerkte der Minister, daß diejenigen Mitglieder, welche bereits als Königliche Beamte Sr. Majestät dem Könige Wilhelm den Diensteid geleistet haben, nicht aufgerufen würden, da Se. Majestät diesen Eid für dieselben auch als Mitglieder des Landtags für bindend zu erachten geruhten.

Hierauf wurde der Eid zuerst von dem Alters-Präsidenten des Herrenhauses, von Franckenberg-Ludwigsdorf, und von dem Alters-Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Braun, demnächst von dem Schriftführer des Herrenhauses, Freiherrn v. Romberg, so wie von den durch letzteren aufgerufenen Mitgliedern des Herrenhauses und sodann von dem Schriftführer des Abgeordnetenhauses, Dr. Falk, und von den durch denselben aufgerufenen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses in der angegebenen Weise nach einander abgeleistet. Nach beendigter Vereidigung schlossen Se. Maj. der König die Handlung mit den Worten:

„An Gottes Segen ist Alles gelegen.“
„Gott segne Ihren Schwur!“
„Er segne und schütze das Vaterland!“

und verließen hierauf unter dem mit freudiger Erhebung ausgebrachten und dreimal wiederholten Hoch der Versammlung den

Saal in dem geordneten Zuge Allerhöchst Ihres Gefolges und in Begleitung Ihrer Königlichen Hoheiten der Prinzen des Königlichen Hauses und der Mitglieder des Staatsministeriums. Ihre Majestät die Königin und Ihre Königlichen Hoheiten die Kronprinzessin und die Prinzessinnen des Königlichen Hauses wohnten der feierlichen Handlung auf der oberen Halle des Weißen Saales bei.

Berlin, 14. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Herzoglich anhalt-bernburgischen Wirklichen Geheimen Rath und Staatsminister von Schaetzel, den Fürstlich lippeschen Hofmarschall von Meysenbug und den Fürstlich schaumburg-lippeschen Major und Flügel Adjutanten Richer von Marthille am 11. d. in Privat-Audienzen zu empfangen, und aus deren Händen die Schreiben entgegenzunehmen, durch welche Ihre Hoheiten der Herzog und die Frau Herzogin-Mitregentin von Anhalt-Bernburg, sowie Ihre Durchlauchten der Fürst zu Lippe und der Fürst von Schaumburg-Lippe Sr. Majestät dem Könige ihr Beileid bei dem Hintritte des Hochseligen Königs Majestät, sowie die Glückwünsche zum Regierungs-Antritte Sr. Majestät ausgesprochen haben.

Der Geheime Archiv-Sekretär Dr. **Gollmert** ist zum Geheimen Archivar am Geheimen Staats-Archiv ernannt worden.

Der bisherige Eisenbahn-Baumeister **Karl Ludwig Heinrich Ferdinand Vogt** in Bromberg ist zum Königlichen Eisenbahn-Bau-Inspektor ernannt und ihm die Betriebs-Inspektorstelle bei der Rhein-Nahe-Bahn verliehen worden.

Die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. **Steinhausen** als Ordentlicher Lehrer an dem Gymnasium zu Koblenz ist genehmigt worden.

Se. Kaiserliche Hoheit der **Großherzog von Toscana** ist nach Dresden und Se. Königliche Hoheit der **Graf von Flandern** nach Brüssel vorgestern Abend, Se. Kaiserliche Hoheit der Großfürst **Nikolaus** von Rußland nach Petersburg gestern Mittag abgereist.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Fürst **Alexander zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein**, von Wittgenstein, Se. Durchlaucht der Prinz **Adolph zu Hohenlohe-Ingelfingen**, von Koschentin, Se. Exzellenz der Generallieutenant und Kommandeur der 4. Division, **von Dankbahr**, von Bromserg, Se. Exzellenz der Erb-Land-Marschall im Herzogthum Schlesien, Kammerherr **Graf von Sandretzky-Sandraschütz**, von Langenbielau, Se. Exzellenz der Staats-Minister und Ober-Präsident der Provinz Westfalen, Dr. **von Düesberg**, von Münster, Se. Exzellenz der Wirkliche Geheime Rath und Appellationsgerichts-Chef-Präsident, Mitglied des Herrenhauses, **Graf von Rittberg**, aus Glogau.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst **Heinrich LXXIV. Reuß**, nach Jaenkendorf.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Montag 14. Januar. Die heute stattgehabte Generalversammlung der Nationalbank war weniger stürmisch als erwartet wurde. Die Opposition ist nicht durchgedrungen und wurde beantragt, eine Dividende von 32 Gulden festzustellen. Der Regierungsbeschluß wird morgen erwartet, bis wohin die Schlußverhandlung vertagt worden ist.

Triest, Montag 14. Januar. Graf Montemolin und Gemahlin gestern gestorben. (Wörtlich so gekommen.)

Paris, Montag 14. Januar, Abends. Nach einem hier eingetroffenen Telegramm aus **Rom** vom heutigen Tage hat König Franz Frankreichs Bedingungen in Betreff des Waffenstillstandes aus Gefälligkeit für den Kaiser Napoleon ohne Reserve angenommen. — General Cialdini antwortete, er müsse seinem Souverän Bericht erstatten, verweigerte aber die Annahme des Vorschlages, die Belagerungsarbeiten während des Waffenstillstandes einzustellen. (S. unten.)

(Eingeg. 15. Januar 8 Uhr Vormittags.)

Paris, Dienstag 15. Januar. Der heutige „Moniteur" bringt das kaiserliche Dekret, durch welches der Senat und die Deputirtenkammer auf den 4. Februar einberufen werden. (Danach wäre die gestrige Moniteurnotiz wegen einer frühern Einberufung des Senats zu berichtigen. D. Red.)

Turin, 14. Jan. Abends. Die heutige „Opinione" meldet, daß ein Theil der französischen Flotte Gaëta heute verlassen; die Feindseligkeiten seien von beiden Seiten eingestellt.

(Eingeg. 15. Januar 10 Uhr 15 Min. Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD **Berlin**, 14. Jan. [Landtagseröffnung und Huldigung der Landesvertreter; Exekution gegen Dänemark; polnische Gerüchte.] Obgleich unter der Herrschaft der Landestrauer, an welche die Dekoration des Weißen Saales und die Kostüme aller Erschienenen erinnerten, war die heutige Feierlichkeit nicht ohne einen gewissen Glanz. Den Empfang Sr. Maj. des Königs von Seiten der Versammlung kann man einen wahrhaft begeisterten nennen. Der Zuruf beim Eintritt und beim Scheiden des Monarchen war überaus warm und vollstimmig. Die Thronrede wurde sehr günstig aufgenommen und von lebhaftem Beifall wiederholt unterbrochen. Namentlich äußerte sich die Zustimmung der Versammelten bei den Stellen, welche auf die Bundes-Kriegsverfassung, Kurhessen und die deutschen Herzogthümer Bezug hatten. Die der Thronrede nachfolgende Eidesleistung der Landesvertreter dauerte etwa zwei Stunden und bewährte die Rüstigkeit unseres Landesherrn, welcher, vor dem Throne stehend, den Schwur jedes einzelnen Landtagsmitgliedes entgegennahm und mit huldvollem Gruße erwiderte. Auch der Standhaftigkeit der zwei tapfern Generale, welche während der ganzen Dauer des Huldigungsaktes das Reichspanier und das Reichsschwert zu beiden Seiten des Thrones zu halten hatten, war eine nicht leichte Probe zugemuthet, welche beide würdig bestanden. Feldmarschall v. Wrangel und General v. Lindheim standen festgewurzelt wie zwei eherne Statuen. Nicht alle Mitglieder der Versammlung zeigten eben so viel Ausdauer gegen Ermüdung, als der Monarch und seine beiden Thronsäulen. Es fiel unangenehm auf, daß einige Vertreter sich behaglich niederließen und Konversationen anknüpften, während der König aufrecht stehend die Huldigungen entgegennahm. — In der Thronrede glaubte man die nachdrücklichste Entschiedenheit in der Erklärung zu erkennen, welche auf das Verfassungsrecht der unter dem Scepter des Königs von Dänemark vereinigten deutschen Herzogthümer hinweist und eine gebührende Lösung der Frage Deutschland zur Pflicht macht. Man glaubt, daß aus der Bundesexekution gegen Dänemark wirklich Ernst gemacht werden soll, wenn das Kopenhagener Kabinet nicht schleunig einlenkt. — Von Paris aus wird mit großer Beharrlichkeit die Nachricht wiederholt, daß der Kaiser von Rußland gewillt sei, dem Königreich Polen eine gewisse Autonomie unter Rückkehr zu den Festsetzungen des Wiener Kongresses zurückzugeben. Hier habe ich in den bestunterrichteten Kreisen die Nachricht eben so oft dementiren hören, als sie von anderer Seite wiederholt wird.

☾ **Berlin**, 14. Januar. [Vom Hofe; Fahnenweihe; Trauerfeierlichkeit &c.] Gestern Abend waren die meisten Mitglieder der königlichen Familie, ebenso die noch hier weilenden fürstlichen Personen und andere Notabilitäten im Palais des Königs versammelt. Der Großherzog von Weimar und der Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, welche ihre Abreise schon vorbereitet hatten, bleiben auf den Wunsch des Königs noch hier und werden der Fahnenweihe beiwohnen. Für die Annagelung und Einweihung der Fahnen sind der Donnerstag und Freitag bestimmt und wird an diesen Tagen die Trauer abgelegt. Die Damen erscheinen bei dieser Feierlichkeit in weißseidener Robe. Die von den neuformirten Regimentern kommandirten Deputationen, an ihrer Spitze die Regimentskommandeure, sind zum großen Theile hier eingetroffen; die übrigen werden morgen erwartet. — Heute Vormittag ließ sich der König von dem General v. Manteuffel und dem Geheimrath Illaire Vortrag halten und begab sich alsdann mit seiner Gemahlin ins Schloß, wo bereits die sämmtlichen Mitglieder der königlichen Familie versammelt waren. Die Königin und die Prinzessinnen erschienen in so tiefe Trauer gehüllt, daß sie nicht zu erkennen waren. Die feierliche Eröffnung des allgemeinen Landtags fand in der durch das Programm vorgeschriebenen Weise statt und dauerte diese Feier bis etwa 3 Uhr, da die Eidesleistung viel Zeit in Anspruch nahm. Die Versammlung schien mir noch lange nicht vollzählig, namentlich bemerkte ich nicht alle Abgeordnete der polnischen Nationalität. Die Thronrede hatte sich Seitens der Landtagsmitglieder großer Zustimmung zu erfreuen. Mehrere Landtagsmitglieder aus der Rheinprovinz und Westfalen hatten sich in ihrer Ankunftszeit in Berlin zum Theil gewaltig verrechnet. Der Kölner Schnellzug erreichte nämlich Berlin nicht schon gestern Abend 10 Uhr, sondern erst heute früh 4¼ Uhr und der Kölner Kurierzug, der heute Morgen hier eintreffen sollte, langte erst Vormittags nach 10 Uhr an; ebenso blieb der Kölner Personenzug, dessen Ankunftszeit 3 Uhr Nachmittags ist, bis zum späten Abend aus. Der Grund dieser Verspätung war, wie die Reisenden erzählten, ein ungeheures Schneetreiben, das in der Gegend zwischen Deutz und Düsseldorf geherrscht und so arg war, daß der Zug nur mit großer Mühe weiter geschafft werden konnte. Die Fahrgäste kamen natürlich heute früh alle ziemlich erstarrt hier an. — Bei dem König und der Königin waren heute der Kronprinz und die Kronprinzessin, die Prinzessin Karl, der Großherzog von Weimar und die badischen Herrschaften zur Tafel. Der Kronprinz hatte Anfangs die Absicht, nach Potsdam zu fahren und der Trauerfeierlichkeit am Sarge des Generals v. Gerlach beizuwohnen, ließ aber später wieder absagen; dagegen begaben sich um 5 Uhr Abends zu derselben nach Potsdam die Prinzen Karl, Friedrich Karl, Albrecht und Albrecht Sohn, der General-Feldmarschall v. Wrangel, die Generalität, namentlich die Generaladjutanten und ebenso die Flügeladjutanten, der russische Militärbevollmächtigte, General Graf Adlerberg, die Präsidenten des Obertribunals Uhden und Dr. Götze, der Konsistorialpräsident Graf v. Voß-Buch, die Staatsminister a. D. v. Bodelschwingh und v. Westphalen, die Hofchargen, viele Landtagsmitglieder, namentlich Mitglieder des Herrenhauses, und Geistliche unserer Stadt, darunter der Prediger Knak an der böhmischen Kirche. Nach dem Schluß der Trauerfeier, welcher auch die Königin-Mutter und die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin beiwohnten, kehrten die königlichen Prinzen wieder hierher zurück. Die Gedächtnißrede hat, wie ich höre, der Hofprediger Heym gehalten. — Am Sonntag hatte die Universität in Folge des Ablebens des Königs Friedrich Wilhelm IV. im französischen Dome eine Trauerfeier abgehalten. Bei derselben nahmen der Rektor und die Universitätslehrer in ihrer Amtstracht ihre Plätze vor dem Altare ein. Der Universitätsprediger Dr. Steinmeyer, sprach über die Worte: „Siehe, wir preisen, die erduldet haben!" — Der Kommandeur des 7. Husaren-Regiments, Oberstlieutenant Graf v. d. Goltz, welcher vor einigen Tagen mit einer Deputation dieses Regiments aus Bonn hier eintraf, ist, nachdem er mit derselben vom Könige empfangen worden war, an den Masern erkrankt. Diese Krankheit ist gegenwärtig in unserer Stadt ziemlich stark verbreitet, und liegen an derselben namentlich Kinder darnieder. — Morgen werden die Großherzogin-Wittwe und die Herzogin Karoline von Mecklenburg-Strelitz von Neustrelitz an den Hof kommen.

*** — [Rußlands und Frankreichs Verhalten in der deutsch-dänischen Streitfrage.] Die offiziösen Simmen halten es für gerathen, die Meinung des Auslandes in dem deutsch-dänischen Streite zu präzisiren und stellen Frankreich hierbei in erste Linie. Wir kommen alsbald hierauf zurück und wollen zuerst auch einen Beitrag zur Orientirung durch Auffrischen einer Stelle, die wir in einer vertraulichen, sehr vertraulichen, aber veröffentlichten Depesche gelesen haben, geben: „Der dänischen Regierung ist es nicht unbekannt, bis zu einem wie hohen Grade die Herzogthümer die Sympathien der deutschen Bevölkerung erregen. Man muß es den deutschen Regierungen, und zumal Oestreich und Preußen Dank wissen, daß sie den Ausdruck dieser Sympathie bisher in so gerechten Schranken zu halten verstanden haben. Sie dürfen aber darum nur mit um so größerem Recht erwarten, daß Dänemark sich geneigt zeige, zu einem gerechten und ihm selbst ehrenvollen Abkommen die Hand zu reichen. Diese Erwägungen werden der Weisheit des Königs und seiner Räthe nicht entgehen. Es ist lebhaft zu wünschen, daß die Regierung des Königs durch die Erklärungen, welche sie dem deutschen Bundestage darzubieten in der Lage sein wird, einer freundlichen Ausgleichung, wie es ebensowohl ihre eigenen Interessen, als die Würde der Krone erfordern, nicht den Weg abschneiden werde. . . . Sie werden den Ministern des Königs die unangenehmen Folgen vor Augen zu stellen in den Stand gesetzt sein, die eine Rechtsverweigerung (déni de justice) nach sich ziehen könnte &c." Diese Depesche datirt vom 19. November (1. Dezember) 1857 und ist vom Fürsten Gortschakoff an den damaligen russischen Gesandten in Kopenhagen, Freiherrn v. Ungern-Sternberg, gerichtet. Seit dieser Zeit hat Fürst Gortschakoff keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne sich gegen Herrn v. Ungern in derselben Weise, ja noch viel schärfer accentuirt, auszusprechen und wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir vermuthen, daß der Baron Nicolai noch vor seiner Ankunft in Kopenhagen mit sehr präzisen Instruktionen versehen worden ist, welche von der Depesche aus dem Jahre 1857 durchaus nicht abweichen, denn es ist darin nur von Holstein und Lauenburg die Rede. — Ein weniger bekanntes Detail dürfte, was Frankreichs Stellung zu dieser Frage betrifft, Folgendes sein: Nicht immer hat Frankreich sich günstig für Deutschland in dieser Frage ausgesprochen, und wenn noch vor Kurzem ein hochdiplomatischer Korrespondent die Behauptung aufgestellt, Frankreich habe sich nie über den dänisch-deutschen Streit offiziell ausgesprochen, so bedauern wir die Unvollständigkeit seines Archivs, sonst müßte er darin die Kopie einer französischen Note finden, die aus demselben Jahre 1857 datirt und in welcher ganz entschieden Partei für Dänemark genommen wird. Gerade diese französische Note hat Rußland Anlaß gegeben, sich auszusprechen, wie am 19. November (1. Dezemb.) 1857 geschehen, und lediglich in Folge dieser russischen Note sind später von Frankreich andere Saiten aufgezogen worden und heute steht die Sache allerdings so, daß Frankreich so gnädig ist, gegen eine Exekution in Holstein nichts einwenden zu wollen. — In diplomatischen Kreisen ist man erstaunt über die dänischen Erlasse, welche einige Infamien, gegen Schleswig verübt, beseitigen. Als dieselben mit vielen andern in der vorigen Kammersession von der Tribüne des Abgeordnetenhauses herab dem öffentlichen Tadel preisgegeben wurden, da hielt man sie in gewissen diplomatischen Kreisen für Uebertreibungen; jetzt, anstatt den Rock fest anzuziehen, um die Wunden auf seinem Körper vor den Augen Europa's zu verdecken, zeigt sie der König selbst und beraubt sich der wenigen Freunde, die ihm in Europa noch geblieben. Die Erlasse sind sein Verdammungsurtheil.

Ω **Berlin**, 14. Jan. [Militärisches.] Gegenwärtig befindet sich hier unter dem Vorsitz des Prinzen Karl als Oberbefehlshaber der Artillerie eine Kommission von höheren Artillerieoffizieren versammelt, als deren Zweck die endliche Beschlußfassung über die bei der preußischen Artillerie einzuführenden Geschützgattungen und Kaliber bezeichnet wird. Gerüchtweise verlautet schon jetzt, daß bei der reitenden Artillerie statt der jetzigen glattläufigen sechspfündigen Geschütze leichte vierpfündige gezogene Kanonen, und bei den drei zwölfpfündigen schweren Fußbatterien jeder Artilleriebrigade die sogenannten kurzen Zwölfpfünder eingeführt werden sollen. Noch wird versichert, daß die Schießversuche mit gezogenen Geschützen gegen die sogenannten kürassirten Schiffswände auf dem hiesigen großen Artillerieschießplatze nun demnächst statthaben werden. — Die Einführung der gegenwärtig bei verschiedenen Truppentheilen in Probe gegebenen sogenannten Bergsäcke als Gepäcktrageform zunächst bei der Fußartillerie darf nach Allem, was darüber verlautet, wohl bereits als so ziemlich gesichert angesehen werden. Gleicherweise wird die Ordre wegen Ausrüstung der jetzigen Füsilierregimenter mit den für die Landwehr des 1. Aufgebots schon ausgegebenen neuen Tschakos mit jedem Tage erwartet. Die Wiederherstellung der meist für die neuerrichteten Truppentheile des stehenden Heeres verbrauchten Ausrüstungsbestände des vorgenannten Landwehraufgebots wird übrigens gegenwärtig in dem Maaße beschleunigt, daß zur Beschaffung derselben bereits umfassende Lieferungen mit Privaten abgeschlossen worden sein sollen. Die Aenderung der Uniformirung der gesammten preußischen Infanterie durch Einführung verschiedenfarbiger Kragen und Aufschläge soll nunmehr so gut als fest beschlossen sein, wird aber wahrscheinlich erst mit der angeblich bevorstehenden neuen Eintheilung der Armee in Ausführung treten. Die Ueberweisung der Füsilierregimenter an die einzelnen Armeekorps steht, wie versichert wird, als Einleitung hierzu mit Nächstem zu erwarten. Eine besondere Aufmerksamkeit ist gegenwärtig von Seiten des Kriegsministeriums der neuen Organisation des Feldlazareth- und Krankenwesens zugewendet und sollen mit dem nächsten Frühjahr, unter Einziehung einer oder einiger Sanitätskompagnien, zunächst hier in Berlin umfassende Versuche, namentlich über den Transport der Kranken und Verwundeten auf Eisenbahnen, wie noch andere ähnliche, hierhin einschlagende Versuche statthaben. Das Leichenbegängniß des verstorbenen Königs Friedrich Wilhelm IV. ist übrigens gleichzeitig zu einem bisher in Deutschland in gleichem Umfange noch kaum vorgekommenen Eisenbahntransport von Truppen benutzt worden. 4600 Mann mit über 700 Pferden und den entsprechenden Batterien sind binnen wenig über 2 Stunden die 4 Meilen nach Potsdam übergeführt worden. — Im Verlauf des vorigen Jahres war auch eine Anzahl Militär-Thierärzte um Verbesserung ihrer Stellung bei dem Kriegsministerium vorstellig geworden, und verlautet, daß die Ertheilung der Benennung Roßarzt statt bisher Kurschmied, wie eine Gehaltsverbesserung für dieselben in Aussicht genommen worden sei, eine bestimmte Rangstellung für dieselben soll jedoch nicht bewilligt worden sein. Dagegen werden die Offizierstellung bekleidenden Assistenzärzte in Zukunft mit als wirkliche Kombattanten in die jährliche Rang- und Quartierliste aufgenommen werden.

— [Kriegsbesorgnisse.] Das „Preußische Wochenblatt", sonst so ruhig in seinen Anschauungen, bringt mehrere Aufsätze, die nach Pulver riechen und den Stab über alle Diejenigen in Deutschland brechen, welche es wagen, an die Erhaltung des Friedens zu glauben und für den Frieden einzustehen. Im Innern Preußens sei zwar auch noch nicht Alles in wünschenswerthem Zustande, meint das „Pr. W.", die auswärtigen Verhältnisse aber bilden das dominirende Element, und wichtig sei bei den verschiedenen Fragen, daß sie alle fast unlösbar in einander verschlungen, und daß bei der Berührung an einem Punkte das ganze künstlich geknüpfte Netz aller Orten erzittere; der Knotenpunkt, wo alle diese Fäden zusammenlaufen, sei Paris und das instinktive Gefühl der Massen erblicke den Kern der Situation in der Begründung der bedrohlichen Suprematie Eines Staates, neben welcher von einem den europäischen Frieden sichernden Gleichgewicht der Mächte nicht mehr füglich die Rede sein könne. Preußen sei die letzte Hoffnung derjenigen, welche der weiteren Vergewaltigung ein Ziel setzen, dem revolutionären Umsturz steuern wollen, dazu aber brauchten wir „Machtstärkung", Stärkung des Rechtsbewußtseins. — In einem anderen Aufsatze wird den „Politikern", welche den Frieden und Ruhe um jeden Preis haben wollen, derb der Text gelesen und es wird ihnen die Rede des Herrn Dapples, des schweizerischen Nationalrathspräsidenten, als Musterbild vorgehalten. Es sei ein großer Fehler, immer beschwichtigen zu wollen, wie es die Presse zum Theil thut, und die Gefahren zu verringern, um fremde Nationalitäten sich zu kümmern, Deutschlands aber nur so beiläufig zu erwähnen. Wir verzichten, den Artikel zu analysiren, er müßte ganz wiedergegeben werden. So viel geht daraus hervor, daß die Simmung in gewissen, sehr ernsten Kreisen kriegerisch ist.

— [Vergleich der Zustände in Schleswig mit denen in der Provinz Posen.] Man schreibt dem „B. W." von der polnischen Grenze: Es ist schon öfter darauf hingewiesen worden, daß die polnische Tagespresse ohne Ausnahme in dem dänisch-deutschen Streite entschieden Partei für Dänemark nimmt und die deutsche Nationalität im Herzogthum Schleswig dem Bedrückungssystem der dänischen Regierung gegenüber für völlig rechtlos erklärt. Diese Sympathie für Dänemark geht so weit, daß die Preßorgane der polnischen Agitationspartei der „Mäßigung" und „Gerechtigkeit" der dänischen Regierung gegen die deutschen Schleswiger neulich laut ihre Bewunderung zollten und diese edlen dänischen Tugenden der preußischen Regierung als Vorbild für ihr Verfahren gegen ihre polnisch sprechenden Unterthanen aufstellten! Mit Emphase wiederholten sie die Stelle aus einem Artikel „Dagbladet's": „Fragt die polnischen Unterthanen Preußens, ob sie sich so bitter vor der Welt beklagen würden, wenn sie sich solcher Rechte erfreuten, wie sie Dänemark den deutsch sprechenden Schleswigern gewährt hat!" Wie blind und ungerecht doch die Leidenschaft den Menschen macht! Hat denn die preußische Regierung ihren polnischsprechenden Unterthanen jemals den Gebrauch ihrer Muttersprache in Kirchen, Schulen und im Verkehr mit den Behörden verboten, wie dies die dänische in Bezug auf die deutsche Sprache thut, oder auch nur im Geringsten beschränkt? Hat sie je einen Geistlichen oder Lehrer seines Amtes entsetzt, weil er polnisch predigte oder polnische Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtete, wie dies die dänische gegen deutsche Prediger und Lehrer in Schleswig so oft gethan hat und noch thut? Im Gegentheil, die preußische Regierung hat durch Gründung zahlreicher höherer und niederer Schulen und durch Heranbildung eines tüchtigen Lehrerstandes in der Provinz Posen sehr wesentlich zur Entwickelung und Ausbildung der polnischen Sprache beigetragen und sich dadurch gerechten Anspruch auf den Dank der Polen erworben! Es ist eine, auch von den Polen anerkannte Thatsache, daß kein ehemals polnischer Landestheil so viele und so ausgezeichnete polnische Gelehrte und Schriftsteller aufzuweisen hat, als die Provinz Posen, und daß die literarischen Erzeugnisse derselben allgemein als Muster der Korrektheit der Sprache und des Stiles betrachtet werden. Man vergleiche nur den Stil des in Posen erscheinenden „Dziennik pozn." mit dem der Warschauer und galizischen Zeitungen und man wird einen ungeheuren Unterschied finden. Während der erstere in der Satz- und Periodenbildung auch nie einen Verstoß gegen die Regeln der Grammatik, Logik und des guten Geschmackes macht, sind die letzteren in vielen ihrer Provinzialkorrespondenzen kaum über die Anfangsgründe der Satzlehre und Logik hinaus. Während der erstere mit vielem Geschick polnische Ausdrücke für neuere technische Begriffe zu bilden weiß, behelfen die letzteren sich meist mit französischen oder deutschen Wörtern. Aber nicht bloß in Hinsicht der Sprache und überhaupt der Bildung wird die Provinz Posen

von der auswärtigen polnischen Tagespresse, selbst von der Emigration, als Vorbild hingestellt, sondern auch in jeder andern Hinsicht. Ihre Geistlichen werden als Muster der Frömmigkeit, Moralität und hoher wissenschaftlicher Bildung gerühmt, ihrer ländlichen Bevölkerung wird einstimmig das Lob des Fleißes, der Tüchtigkeit und eines nüchternen und moralischen Wandels ertheilt, ihre Landwirthschaft wird für die in allen polnischen Landestheilen am meisten entwickelte erklärt. Wenn die Beschuldigung der Agitationspartei, daß die preußische Regierung auf die Ausrottung der polnischen Sprache und Nationalität und auf die Germanisirung der Provinz hinarbeite, auch nur im Geringsten gegründet wäre, wie wäre es da möglich, daß die polnische Sprache zu solcher Entwickelung und Ausbildung, die polnische Literatur zu solcher Blüthe gelangen und die Provinz auf allen Gebieten menschlicher Thtigkeit einen solchen Aufschwung nehmen könnte! Aber hinter dieser nichtigen Beschuldigung verbergen sich ganz andere Pläne, deren Verwirklichung diese Partei schon 1846 und 1848 in der Provinz Posen und in Westpreußen versuchte und mit denen sie auch jetzt in ihren Preßorganen immer offener hervortritt; dazu kommt, daß diese Partei der preußischen Regierung nicht verzeihen kann, daß sie auch dafür Sorge trägt, daß ihre polnischen Unterthanen sich die Kenntniß der deutschen Sprache aneignen, was doch gewiß mehr im Interesse der Polen als der Regierung geschieht.

Erklärte doch der „Dziennik pozn.“ es neulich als eine Schmach für Rußland, daß es auf polnischem Boden telegraphische Depeschen in deutscher Sprache befördern lasse und hat die Agitationspartei doch Alles aufgeboten, um den Erzbischof v. Przyłuski zu bestimmen, die bereits beschlossene Gründung eines eigenen Pfarrsystems für die gegen 7000 Seelen betragenden Katholiken deutscher Zunge in der Stadt Posen wieder aufzugeben! Dadurch, daß die Polen den Gebrauch der im praktischen Leben ihnen so nothwendigen deutschen Sprache sich aneignen oder daß den deutsch redenden Katholiken in der Stadt Posen eigene Pfarrrechte gewährt werden, kann doch die polnische Sprache und Nationalität unmöglich beeinträchtigt werden. Wäre dies der Fall, so müßte der polnische Adel, der in der Familie fast nur französisch spricht, schon längst gallisirt sein. Es ist aber bekannt, daß die Muttersprache, wenn sie sonst nicht vernachlässigt wird, durch das Studium fremder Sprachen eher gewinnt als verliert. Der Grund von der fortschreitenden Germanisirung der Provinz Posen ist wahrlich nicht in der Erlernung der deutschen Sprache von Seiten der Polen, sondern lediglich in der schlechten Wirthschaft und in der Prunk- und Verschwendungssucht der letzteren zu suchen, durch welche so viele Familien expropriirt und an den Bettelstab gebracht werden. Daß die Polen nur durch ihre schlechte Wirthschaft und Verschwendungssucht die Provinz germanisiren, das wollen freilich die nationalen Ultra's nicht zugestehen, sondern sie wissen sogar jeden nothwendigen Verkauf eines polnischen Gutes zu einem vortrefflichen Agitationsmittel zu benutzen, indem sie denselben der Regierung Schuld geben. Als ob die Regierung die Mittel besäße, jedem durch eigene Schuld bankerott gewordenen Gutsbesitzer oder Kaufmann wieder aufzuhelfen. Doch wir kehren zu dem Vergleich der Zustände der Provinz Posen mit denen des Herzogthums Schleswig zurück. Hat denn die preußische Regierung jemals die Unterzeichner einer Petition wegen Erweiterung der Rechte der polnischen Sprache, und wenn die Forderungen derselben auch noch so übertrieben und ungerechtfertigt waren, als Hochverräther bestraft, wie dies die dänische mit den Unterzeichnern einer Adresse wegen Wahrung der Rechte der deutschen Nationalität in Schleswig gethan hat? Die polnische Agitationspartei klagt fortwährend in einheimischen wie auswärtigen, namentlich französischen Blättern, über Verfolgung der polnischen Nationalität durch die preußische Regierung und über Strenge der Polizei und doch ist in Preußen bis jetzt noch kein einziger Pole wegen Agitation für die polnische Nationalität in Haft genommen und mit Kerker und Banden bestraft worden, während die Gefängnisse in Polen und Galizien mit polnischen Gefangenen überfüllt sind, und alle Polen, welche an dem Aufstande von 1848 im Großherzogthum Posen theilnahmen, wurden sofort nach Niederwerfung desselben, begnadigt, während Hunderte von Deutschen, die unter dem Banner der deutschen Einheit in jenem Jahre die Waffen erhoben, noch heute in der Verbannung schmachten! Wahrlich, wer das Schicksal der Deutschen in Schleswig noch bewundernswerth findet, das Verfahren der dänischen Regierung gegen dieselben der preußischen in Bezug auf ihre polnischen Unterthanen als Vorbild anpreist, der ist selbst eines besseren Schicksals nicht werth!

Köln, 13. Januar. [Hirtenbrief.] Der Erzbischof von Köln hat einen Hirtenbrief veröffentlicht, welcher dem Andenken des dahingeschiedenen preußischen Monarchen gewidmet ist, und der zahlreichen Beweise Seiner Güte gedenkt, dessen sich auch die Kölner Erzdiözese zu erfreuen hatte. Er war, so sagt der Brief, „ein Menschenfreund auf dem Throne und ein milder christlicher Friedensfürst“. In Bezug auf Se. Maj. den regierenden König heißt es: „Auch unter Seinem Scepter dürfen wir der Zukunft vertrauensvoll entgegensehen. Das verbürgt uns sein allbekannter gerechter, biederer, ritterlicher Sinn; und was Er bisher gethan, verheißt uns ein gleiches Königliches Wohlwollen“.

Oestreich. **Wien**, 12. Jan. [Zustände in Ungarn.] Die Nachrichten aus Ungarn werden beinahe allarmirend. Auch das grenznachbarliche Raaber Komitat hat Kossuth, Klapka, Kmety ꝛc., überhaupt sämmtliche Spitzen der revolutionären Emigration in den Komitatsausschuß gewählt. Graf Stephan Karolyi, Obergespan im Pesther Komitate, hat das Zugeständniß erwirkt, daß die Militärgewalt nur auf Requisition der jetzt durchweg selbständigen Zivilbehörden einschreiten werden, eine Konzession, welche die blutigen Vorgänge zu Nagy Körös herbeiführten. Die Nichtverbindlichkeit Ungarns für die Staatsschuld wird von den progressistischen Blättern Pesths unumwunden behauptet. Die direkten Steuern werden höchst säumig, die indirekten fast gar nicht bezahlt. Kurz dies- und jenseits der Leitha bildet sich ein politisches Chaos. Ob eine schöpferische Kraft in Oestreich vorhanden ist, um Licht aus demselben zu erzeugen, wird uns die nahe Zukunft lehren. Daß die Vorhersehung Derjenigen, welche einen baldigen Sieg der zentralisirenden Militär- und Hofpartei erwarten, keine ganz müßige und grundlose ist, dürften Diejenigen nicht läugnen, welche ein tieferes, praktisches Verständniß unserer wunderbar verwickelten Zustände besitzen.

Wien, 13. Jan. [Zerfahrenheit im Ministerium.] Die Arbeit des Sisyphus mag eine leichtere gewesen sein, als die Anstrengung der Herren im Ministerium; dieses besteht aber auch aus 8 sichtbaren und noch mehr unsichtbaren Köpfen, während der Stein bloß von Einem Manne gewälzt wurde. Wer kann das Räthsel lösen, wohin Rechberg und wohin Schmerling zielen? was Mecséry und was Vay vorhat? wie Plener und wie Széchen die Finanzen zu ordnen gedenken? endlich von welchem Standpunkt der provisorische Leiter des Justizministeriums die 20 Landtage autonomer Art zu beherrschen unternimmt? Der Ministerpräsident herzt und umarmt die historisch-politischen Rothjacken, der Staatsminister kutschirt in eine moderne Konstitution, der ungarische Hofkanzler unterwirft sich in Komitatskongregationen und Straßenkrawallen, der Polizeiminister läßt die Wahlbesprechungen beschränken und Journalisten ausweisen, der magyarische Minister ohne Portefeuille weiß keinen Rath, die Steuerverweigerer zur Zahlung zu zwingen, und der Justizminister hofft durch Vorbereitungen für die Zukunft die schmerzensreiche Gegenwart vergessen zu machen. Der Kriegsminister allein scheint zu wissen, was er will, aber leider nicht, was er kann. Die militärischen Maaßregeln sind in allen Theilen des Landes getroffen, und je mehr man der Bewegung in der Bevölkerung freien Raum gewähren muß (freilich geschieht es nicht), desto strikter und gemessener lauten die Instruktionen an die Militärkommandanten. Dies rächt aber die entstandenen Konflikte, ohne sie verhindern zu können; der Zufall straft, da die Gerichte straflos kein Einschreiten wagen. Die Regierungsmänner fühlen ihre Ohnmacht, denn ihre Organe in den Provinzen versagen den Dienst, indem ihnen die Macht abgeht, die Autorität der Behörden zu wahren; die Beamten glauben auch gar nicht, daß es mit den jetzigen Konzessionen Ernst sei, und sehen der baldigsten Reaktion entgegen. Das Zögern der Regierung, die deutsch-slavischen Provinzen in ein verfassungsmäßiges Leben einzuleiten und besonders die halben Maaßregeln, wie jüngst das Wahlgesetz, unterstützen die Meinung, daß all dies Treiben nur ein Zugeständniß für den Moment sei; die klerikalen und hochtoryistischen Organe tragen das Ihrige dazu bei, dieser Meinung Nachdruck zu leihen, und in dieser Zirkelbewegung geht die Zeit, das kaum erwachte Vertrauen, der letzte Rest der Volkskraft verloren. Man ist überzeugt, daß Graf Rechberg, wie sehr er sich an seinen Posten anklammert, nicht im Ministerium bleiben kann, und der Finanzminister Plener hat bei seiner Unschlüssigkeit und Vertrauenslosigkeit auf glückliche Institutionen bereits ein Agio von 50 Prozent für Silber erscheinen lassen. Der Staatsschatz ist durch dieses Nichtsthun leer geworden. Den Ministerien der Polizei und der Justiz kann man noch nicht einen Akt nachsagen, der die ererbten Uebelstände beseitigt oder gemildert hätte, und so bleibt das Schmerling'sche Programm eine Anweisung auf die ungewisse Zukunft. Mit Bangen erwartet man das angekündigte Musterlandesstatut, da ihm, wenn es die Forderungen der Zeit und Umstände nicht befriedigt, eine stärkere Bewegung in allen Provinzen folgen würde; jedoch die jetzigen Minister müßten sich selbst befehden, wenn sie liberale Statute mit ihrem Namen versehen wollten. Das gilt besonders vom Grafen Rechberg. (N. Z.)

— [Diplomatische Verhandlungen über die polnische Frage.] Lebhafte Verhandlungen, die zwischen dem hiesigen, dem Berliner und dem Petersburger Kabinet in den letzten Wochen stattgefunden haben, bringen wohlunterrichtete Personen mit der Aufregung in Verbindung, welche in den ehemals polnischen Gebieten der drei Regierungen wahrgenommen wird. Man will wissen, daß das Verbleiben des Grafen Rechberg auf seinem Posten als Ministerpräsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten auf einem von der russischen Regierung mit Beziehung auf diese Angelegenheit zu erkennen gegebenen Wunsche beruhe. (BHZ.)

Pesth, 12. Januar. [Die Pläne der ungarisch-polnischen Emigration.] Die Hoffnungen der ungarisch-polnischen Emigration, welche bekanntlich seit dem italienischen Kriege ihren Heerd von der großbritannischen auf die apenninische Halbinsel verlegt hat, sind durch die jüngsten Ereignisse in den Ostmarken des Kaiserstaates bedeutend herabgestimmt worden. Die Bildung des dreieinigen Königreichs, die offenkundige Abneigung der Südslaven, an der beabsichtigten Erhebung sämmtlicher slavischen Völkerschaften Theil zu nehmen, und der trotz mancher Exzesse nach und nach gleichwohl in ein geregeltes Bett geleitete Gang der Dinge in Ungarn haben, wie man hier versichert, die polnischen Revolutionäre in Mailand, Turin und Neapel nicht wenig verstimmt. Schon glaubte man, eines gleichzeitigen Aufstandes in Russisch-Polen, Posen, Galizien in Ungarn und in den Donaufürstenthümern sicher zu sein; schon hatte man, Dank der piemontesischen Flagge, eine ansehnliche Quantität Waffen in die Länder der untern Donau eingeschmuggelt, und nun haben die versöhnlichen Schritte der östreichischen Regierung (?) den so mühevoll angelegten Plan vereitelt. Was sollen wir, rufen die Südslaven kläglich aus, für die Magyaren unsere Haut zu Markte tragen, die, wenn sie ihre Zwecke erreicht haben, uns doch im Stiche lassen oder im glücklichsten Falle uns als gute Prise für ihr der Vergrößerung dringend genug bedürftiges Reich ansehen würden! So lodert der alte Nationalitätenhaß schon im ersten Augenblicke, wo es zum Handeln kommen soll, wieder auf, und weder das Wort, noch selbst die Napoleons der Emissäre können ihn beschwichtigen. Auch ist es von Truppenbewegungen nach dem Osten in neuester Zeit wieder still geworden und dem revolutionären Taumel der letzten Monate scheint rasch genug eine lethargische Abspannung gefolgt zu sein. Möglich, daß dieselbe nur eine momentane ist; aber an dem tief eingewurzelten Separatismus der Südslaven und an dem Einverständniß der drei Ostmächte in der „polnischen Frage“, die man irgendwo gar gern aufs Tapet bringen möchte, werden alle Anstrengungen der Allianz Kossuth-Mieroslawski schließlich zu Grunde gehen. (Schl. Z.)

Verona, 6. Januar. [Befestigungen in Südtirol.] Feldzeugmeister Benedek ist nach Südtirol gereist, um die dortigen Befestigungen und Truppen, die unter sein Kommando gehören, zu inspiziren. Diese Befestigungen sind hauptsächlich an zwei Punkten angebracht, und zwar an der sogenannten Chiusa und am Nordende des Gardasee's. Die Chiusa vertheidigen vier sehr feste Werke; das südlichste davon ist am linken Ufer der Etsch und sperrt die Straße und den Fluß zwischen den hohen Felswänden vollkommen; es ist so wie das etwas weiter nördlich am rechten Ufer gelegene ganz von Stein gebaut. Hierauf folgt ein starkes gemauertes Fort mit vorliegenden Erdwällen, welches das Dorf Rivoli deckt, das ganze Plateau, so berühmt aus der Geschichte, vollkommen bestreicht. Das am nördlichsten gelegene Werk ist auf einem etwa 180 Fuß hohen Berge am linken Etschufer, unmittelbar an der Eisenbahnstation Ceraino. Die Befestigungen vom Gardasee zerfallen in die bei Riva befindlichen und in jene, die von Nago aus die Straße und das Sarcathal bis an den See bei Torvole bestreichen. Diese letzteren sind sehr großartig angelegt und sperren den das Sarca- und Etschthal verbindenden Paß gegen Roveredo vollkommen. Weiter ist noch in Trient im verflossenen Jahre ein großartiges Pulvermagazin und ein Militärspital gebaut worden. (K. Z.)

Hessen. **Gießen**, 12. Jan. [Denkschrift.] Dieser Tage ist eine von circa 200 der angesehensten Bewohner unserer Stadt unterzeichnete Denkschrift an den Großherzog abgegangen, worin die Bittsteller eine einheitliche Bundesgewalt, Aufhebung des Konkordats, Einstellung der Verfolgungen gegen den Nationalverein und eine andere Zusammensetzung der Kammern verlangen. Die Denkschrift datirt vom 3. Jan., wo also der Antrag der großherzogl. hessischen Regierung auf Unterdrückung des Nationalvereins noch nicht bekannt war.

Frankreich.

□ **Paris**, 12. Jan. [Der Minister Thouvenel; die Note Russells; der Seinepräfekt; Broschüren.] Gern leiste ich Ihrer Aufforderung, Ihnen von hier Nachrichten zu geben, Folge; wenngleich ich bekennen muß, daß mich ein ängstliches Gefühl zuweilen beschleicht. Nicht etwa, weil ich fürchtete, der Stoff für anziehende und klare Korrespondenzen könne mir fehlen, im Gegentheil, es ist des Stoffes zu viel vorhanden; allein aus der Menge der sich hin- und wiederkreuzenden Gerüchte, die man nicht immer übergehen kann, die Wahrheit zu entdecken und festzuhalten, ist keine leichte Aufgabe. Je näher das Erwachen des Frühlings heranrückt, um so zahlreicher treten diese Vorboten nahender Stürme auf, und, in Wahrheit, die politische Lage bietet den bei der Verbreitung unheilvoller Nachrichten Interessirten viele günstige Anhaltspunkte. Die italienische Frage, die Zukunft des ottomanischen Reiches, die fortdauernde Besetzung Syriens durch französische Truppen, und die unwillige Miene, die England zu dieser Intervention in den Provinzen des „kranken Mannes“ macht: Alles dies ist mehr als genügend, um hier eine Menge von widersprechenden Gerüchten auftauchen zu lassen. Als erste Folge der von Neuem sich aufthürmenden Schwierigkeiten, erwartet man seit Kurzem einen Wechsel im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Wenngleich dies in den Spalten des amtlichen Blattes heute sogar dementirt wird, so glaube ich Ihnen doch mit ziemlicher Sicherheit erklären zu können, daß ein Verbleiben Thouvenels für längere Zeit auf seinem Posten fast zu den Unmöglichkeiten gehört. Die Politik Napoleons III. verbraucht die Männer desto schneller, je größeres Gewicht sie auf ihre Ehrenhaftigkeit legen; es ist nicht immer leicht, auf dieser Bahn mit den rücksichtslosen Anschauungen des Kaisers gleichen Schritt zu halten, und Thouvenel, der zu den ehrenwerthesten Männern aus der Umgebung Napoleons gehört, sieht sich bereits seit längerer Zeit in der Unmöglichkeit, Minister zu bleiben, ohne seiner Ehre bedeutenden Schaden zuzufügen. Als seinen Nachfolger nennt man, wie Sie wohl schon wissen, Morny oder Persigny, d. h. Bündniß mit England (Persigny) oder mit Rußland (Morny). Man folgt den Zeichen, die andeuten könnten, nach welcher Seite die Wagschale fallen wird, mit großer Aufmerksamkeit; in gut unterrichteten Kreisen meint man indessen, daß Persigny seine Portefeuille wechseln werde.— In den letzten Tagen hat man viel von einer am hiesigen Kabinet eingelaufenen Note Lord J. Russells gesprochen, die in deutlicher Weise sich gegen ein längeres Verweilen der französischen Armee in Syrien ausspricht. Die französische Regierung ist indessen durchaus nicht geneigt, ihre dort eingenommene Stellung so leicht aufzugeben, die ihr in der doch bevorstehenden Erbschaftstheilung einen bedeutenden Vorsprung vor ihren Rivalen sichert, jure possidentis. Man hofft, daß die englische Regierung, um Frankreich nicht zu einem russischen Bündniß zu treiben, in dieser Frage auch durchaus nicht mit großer Energie auftreten wird, und Lord Palmerston, so wie sein Kollege Russell nothgedrungen gute Miene zum bösen Spiel machen werden.—Ein im gestrigen „Moniteur“ erschienenes Dekret hat allgemeine Aufmerksamkeit erregt. In demselben wird nämlich das Departement der Seine dem Ministerium des Innern untergeordnet, während früher der Präfekt dieses Departements durchaus selbständig war. Haußmann scheint, nach diesem Dekret zu urtheilen, etwas von seiner Allmacht eingebüßt zu haben; er gehörte schon lange zu den mißliebigsten Günstlingen am kaiserlichen Hofe, indessen hatte er es verstanden, jedem Versuch, den Walewski und Persigny ihn zu stürzen gemacht hatten, siegreich zu widerstehen, und immer noch eine weitere Ausdehnung seiner Stellung zu erlangen. Indessen ist ihm auch diesmal die Pille überzuckert gegeben worden, insofern seine Befugnisse allerdings weitergreifend geworden sind, er aber der selbständigen Stellung beraubt ist. Aller Broschüren zu erwähnen, die jeden Tag wie Pilze aus dem Boden schießen, ist unmöglich und auch unnütz, da sie in der Mehrzahl der Mühe nicht lohnen. Auf zwei Flugschriften, die in den nächsten Tagen bei Dentu erscheinen werden, muß ich Sie indessen doch aufmerksam machen; ich vermuthe, daß in den polnischen Zeitungen eine Broschüre nicht unerwähnt geblieben ist, die vor einigen Wochen unter dem Titel „Polen und sein Recht“ von einem Herrn Vilbort, Redakteur der „Opinion Nationale“ herausgegeben worden ist (s. gestr. Ztg.). Gegen die in derselben enthaltenen Anschauungen wird sich ein hier lebender Russe erheben, um dem Verfasser und denen, die hinter ihm stehen, einmal die Unrichtigkeit der aufgestellten Ansprüche an altrussische Provinzen nachzuweisen, dann aber auch energisch gegen die Tendenz der polnischen Emigration zu protestiren, die durchaus nur den alten oligarchischen Kram einer Adelsherrschaft wieder herstellen will. Die zweite Flugschrift heißt „die Trientiner Frage“ und ist von einem Mitglied des sardinischen Parlaments, A. Gagoletti verfaßt, der darin nachzuweisen sucht, daß für Italien der Kanton und die Stadt Trient (südliches Tirol) von der höchsten Wichtigkeit sei, und die Westmächte, die Vertheidiger der Nationalpolitik, diesen widerrechtlich von Italien losgerissenen und dem deutschen Bunde einverleibten Landstrich seinem Stammlande zurückgeben müßten. Diese Broschüre ist darum von Wichtigkeit, weil sie das erste Zeichen der Agitation in den zum deutschen Bunde gehörenden Grenzprovinzen Oestreichs ist.

— [Unzufriedenheit in Nizza.] Die „Ital. Korresp.“ schreibt: In Nizza ist man mit der französischen Regierung sehr unzufrieden und seit dem 1. Oktober 1860 sind schon 5378 Seelen nach Ligurien und Piemont ausgewandert. Viele Geschäftsleute haben ihre Magazine geschlossen und sind nach Genua übergesiedelt. Die Fischer sind wüthend gegen die Franzosen, weil Gendarmen ihre Netze zerschnitten haben, deren Maschen enger gewesen seien, als es das französische Gesetz vorschreibt. Blutige Händel zwischen Landleuten, Matrosen, Fischern und Gendarmen oder Soldaten sind an der Tagesordnung; zahlreiche Patrouillen durchziehen Nachts die Stadt, die Hafenwache, die sonst nur aus einem Unteroffizier und 10 Mann bestand, wird jetzt von einer ganzen Kompagnie bezogen.

— [Die schleswig-holsteinsche Frage.] Der „Constitutionnel“ bespricht in einem Uebersichtsartikel die „schleswig-holsteinsche Frage“ und setzt hinzu: „Eine Korrespondenz aus Petersburg bringt die Versicherung, daß das russische Kabinet entschlossen ist, nicht zu dulden, daß der deutsche Bundestag sich in die inneren Angelegenheiten von Dänemark einmische, und es reiht unter diese inneren Angelegenheiten auch die schleswigschen. Die Regierung des Kaisers Alexander ist deshalb bereit, in diesem Sinne eine Note an das Berliner Kabinet zu schicken, und in den diplomatischen Kreisen zu Petersburg, wo man diesen Dispositionen Beifall ruft, glaubt man, und unserer Ansicht nach mit Recht, zu wissen, daß Frankreich und England die Auffassungsweise, wie Rußland diese Frage betrachtet, theile.“

Niederlande.

Haag, 11. Jan. [Ministerwechsel; aus den Kolonien.] Cornets de Groot ist zum Kolonialminister ernannt, Graf van Zuylen van Nyevelt hat als Minister des Auswärtigen seine Entlassung genommen. Sein Nachfolger ist noch nicht bekannt. — Aus Batavia vom 29. November sind Nachrichten eingetroffen: Auf Java ist Alles ruhig, und der Generalgouverneur wollte am 6. Dez. eine Reise nach den Molukken antreten.

Italien.

Turin, 9. Jan. [Stellung der Großmächte zur italienischen Frage.] Die ministerielle „Opinione" sagt in einem Leitartikel mit der Ueberschrift der „Kongreß", in den Beziehungen der Großmächte zu einander offenbare sich ein nicht zu verhehlendes Mißtrauen; denn Europa habe außer der italienischen noch andere Fragen zu lösen. Die italienische Angelegenheit sei für die Diplomatie zur friedlichen Lösung nicht reif. Italien anerkenne keine andere legitime Regierung, als die von der Bevölkerung angenommene und vertheidigte. Rußland und Preußen stimmten für die Legitimität, Frankreich scheine der Konföderation geneigt. Oestreich sei Italiens Feind; nur England erkläre sich für Italien. Unter solchen Verhältnissen bliebe ein Kongreß fruchtlos. Wer würde es wagen, Oestreich aufzufordern oder zwingen zu wollen, Venetien abzutreten, wer, die römische Frage zu lösen? Italien verlange nicht Anerkennung der neuen Ordnung, nur Aufrechthaltung der Nichtintervention, damit es selbst sein Unabhängigkeitswerk vollbringe. Italien wolle nicht den Krieg um des Krieges willen, es weise die friedlichen Lösungsversuche nicht ab, aber es könne seine Hoffnung nicht in sie setzen, und deshalb freue sich Italien, den Kongreß wegen Meinungsverschiedenheit der Mächte vereitelt zu sehen. Wenn Italien seine Unabhängigkeit und Einheit erworben haben werde, dann, hoffe es, werde die Thatsache anerkannt werden.

— [Mazzini gegen Valerio.] Ueber die Behauptung Valerio's, daß Triest und Tirol zu Italien gehören, äußert sich Mazzini in der „Unita Italiana" auf folgende Weise: „Ereifert euch nicht über die Redseligkeit des Hrn. Valerio. Der Teufel ist nicht so schwarz, als man ihn malt. Hr. Lorenzo war wohl einst ein feuriger Demagog, ein großer Revolutionsjäger vor den Menschen, wie Nimrod ein Jäger vor dem Herrn. Wenn man ihn hörte, verspeiste er alle Morgen zum Frühstück ein Königreich und drei zu Mittag; die Throne hatte er für sein Kaminfeuer bestimmt. Das Alles ist wahr, allein unter diesem Schein revolutionären Grimms birgt er doch am Ende ein gutes Gemüth und kann seiner Zeit noch ein Kämpfer für die Ordnung werden. Die Zeit und die Ereignisse thun das Uebrige. Cavour kannte seine Willigkeit und machte ihn zum Statthalter, zum Kommissar, zum fetten Staatspensionär, zum Großkreuz, zur Exzellenz. Man darf also diesem Mann nicht eine zu große Wichtigkeit beilegen; wir thaten das niemals, selbst nicht zur Zeit, als er sich à la Danton trug."

Genua, 8. Januar. [Der Prinz von Carignan nach Neapel; Truppensendung; Rüstungen.] Die Dampffregatte „Vittorio Emmanuele" ist gestern, von Livorno kommend, auf der Rhede vor Anker gegangen. Dieses Schiff ist dem Prinzen von Carignan zur Verfügung gestellt, der sich auf demselben nach Neapel begeben wird. (Nach telegr. Meldung ist derselbe bereits in Neapel eingetroffen; s. unten.) — Am 7. und 8. sind die Transportdampfer „Tanaro" und „Dora" dahin abgegangen. Dieselben hatten piemontesische Truppen an Bord, welche die Garnison von Neapel verstärken sollen. — Im Kriegshafen wird eifrigst an der Umwandlung zweier Segelkorvetten in Bombenschiffe gearbeitet, welche vom Meere aus Gaëta bombardiren sollen. Man schien sich viel von diesen besonders eingerichteten Fahrzeugen zu versprechen, deren Treffsicherheit größer ist, als die der Fregatten, welche genöthigt sein werden, sich vor den Batterien des Platzes zu „verkleiden", um dessen Feuer in großer Nähe auszuhalten. Im Arsenal herrschte ebenfalls eine große Thätigkeit. Aus demselben werden fortwährend Kanonen, Munition und Projektile nach Mola di Gaëta transportirt, in welchem Orte die Piemontesen ihren Belagerungspark haben.

Neapel, 1. Januar. [Ueber das Attentat gegen den Duca di S. Donato] theilt der „Indip." folgende Einzelnheiten mit: „Gestern Abend begab sich der Duca di S. Donato in Begleitung seiner zwei Schwestern zu Fuß nach dem französischen Theater, wobei ihm, ohne daß er es bemerkte, zwei Personen folgten, die sich in weite Mäntel und das Gesicht in große Cachenez hüllten. Als der Herzog in die Nähe des Theaters S. Carlo kam, begegnete ihm sein Bruder, dem Ersterer eine der beiden Schwestern anvertraute. In diesem Augenblick erhielt der Duca von einem der Vermummten einen Dolchstich, worauf sich der Mörder mit seinem Genossen gegen Vico Rotto S. Carlo aus dem Staube machte, wo er von einem Gendarmen beinahe über den Haufen gerannt ward. Indessen gelang es dem Bravo, sich unter Zurücklassung seines Mantels loszuringen und man konnte bis jetzt seiner nicht wieder habhaft werden. Dem Duca ward der erste Verband in der Apotheke Kernol angelegt, und wir freuen uns zu bemerken, daß die Wunde durchaus nicht gefährlich ist." (Nach einem späteren ärztlichen Bericht vom 3. d. M. soll doch einige Gefahr zu besorgen sein, da die Waffe des Mörders eine Arterie verletzte).

Rom, 1. Jan. [Manifestationen; Auszeichnung; Bevölkerung Roms.] Man schreibt der „Allg. Ztg.": „Das alte Jahr ist mit einer populären Huldigung zu Ehren des Papstes geschieden, wie sie nicht allgemeiner sein konnte. Pius IX. begab sich gestern Nachmittag gegen 4 Uhr vom Vatikan durch die Via papale nach der Kirche des Profeßhauses der Jesuiten, um an dem zum religiösen Schluß des Jahres angeordneten Danktedeum theilzunehmen. Die Mißvergnügten hatten beunruhigende Gerüchte verbreitet, sobald sie erfuhren, die Freunde des noch bestehenden Regiments beabsichtigten eine Demonstration. Ebenso starke wie zahlreiche französische Patrouillen, wie vom päpstlichen Militär zogen den Korso und andere Hauptstraßen schon von Mittag an auf und ab, und wohl nur ihrer drohenden Haltung ist das Unterbleiben offener Parteifeindseligkeiten beizumessen, denn die Cavouristen hatten nichts Gutes vor. Inzwischen organisirte sich die Menge auf der wohl eine italienische Meile langen Strecke, die der päpstliche Wagen zu durchfahren hatte. Die Straßen waren voll gedrängter und nachdrängender Volksgruppen, Thüren von Häusern und Palästen, Fenster und Balkons trugen den festlichsten Teppichschmuck, und fast zahllosen geputzten Toiletten begegnete das Auge in allen Richtungen. Der Battistrada (reitender Kurier) eilte vorüber, und ein allgemeines „Eccolo, eccolo!" wurde auf dem langen Wege laut, als der päpstliche Wagen in Sicht kam. Enthusiastische Lebehochrufe, Bitten um Segen, aber auch Zurufe, wie „Santo Padre, non avete timore dei vostri nemici! state forte!" begleiteten ihn. Das Rufen und Zuwinken mit weißen Tüchern dauerte, bis er zur Kirche kam. Durch das betäubende Lärmen ward das Pferd eines Dragoners der Eskorte scheu, der Reiter wurde verletzt und blutend weggetragen. Diese Scenen wiederholten sich, als Se. Heiligkeit nach dem Tedeum zum Vatikan zurückkehrte. — Dem Gründer der hiesigen deutschen Buchhandlung, J. Spithöver, wurde seitens der römischen Buchhändler eine Auszeichnung zu Theil, wie sie sonst hier ein Fremder nicht leicht erfährt. Sie wählten ihn in den letzten Komitien zum Vormann (Priore) der gesammten Zunft. — Der Kardinal-Generalvikar Patrizi ließ gestern die Bevölkerungsstatistik Roms in den „Stato delle anime dell' alma città di Roma per l'anno 1860" bekannt machen. Hiernach hatte die Hauptstadt der katholischen Christenheit im abgelaufenen Jahr folgende ständige Bevölkerungsklassen: 34 Bischöfe, 1417 Priester, 2390 Ordensgeistliche, 2031 Nonnen, 886 Seminaristen und Kollegialen, 213 Akatholiken, 4468 Juden: Gesammtbevölkerung 184,049.

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Es sind in Paris ferner Nachrichten aus Rom vom 8. Jan. angelangt. Piemontesische Verstärkungstruppen zogen durch die Provinz Rieti und marschirten gegen die Aufständischen in den Abruzzen. Andere Mannschaften waren nach Ascoli entsandt worden, wo das Landvolk sich der Konskription zu entziehen und zu den Insurgenten in den Abruzzen zu stoßen suchte.

In Marseille sind Nachrichten aus Gaëta vom 8. d. eingetroffen. Bei dem Bombardement am Sonnabend sind viele Häuser von Hohlgeschossen getroffen und ein Theil des erzbischöflichen Palastes zerstört worden. Noch am 8. ward das Bombardement mit der größten Lebhaftigkeit fortgesetzt; an 20 Mörser arbeiteten und richteten große Verheerungen an. Die in der Festung befindlichen Truppen erwiderten das Feuer der Belagerer; sie hatten eine demaskirte piemontesische Batterie demontirt und einen Pulverwagen in die Luft gesprengt.

Die neapolitanischen Blätter vom 2. und 3. Januar enthalten Berichte über die Scheußlichkeiten, welche das Gesindel unter dem Deckmantel der Reaktion in San Teramo, Palena, Chieti, Ari und Giuliano begangen hat. Letzterer Ort, ein Marktflecken wurde von den Bauern an allen vier Ecken in Brand gesteckt.

In Neapel folgen sich, dem „Monde" zufolge, die Demonstrationen und Erhebungen immer häufiger. Es wird diesem Blatt von dort geschrieben:

Am 29. Dezember versuchte man einmal seine Kräfte in einer imposanten Demonstration. Abends 8 Uhr setzten sich die Fischer und die Bevölkerung des Quartiers Mergellina unter dem Geschrei: „Es lebe Franz II.! Wir wollen unsern König, welcher uns gutes Brot und billige Lebensmittel giebt! Hinaus mit den Dieben! Hinaus mit dem Usurpator!" in Bewegung. Piemontesische Ulanen erschienen, zogen sich jedoch wieder zurück, als sie von dem Volke mit Pfeifen, Geheul und Steinen empfangen wurden. In dem Augenblick, als der Ruf: „Es lebe Franz II." auf dem Platz Capella erschallte, zeigte sich die Nationalgarde in Masse. Es kam zum Schießen, und Verwundungen und Verhaftungen waren die Folgen. Um halb 9 Uhr konnte man die Toledostraße nicht mehr passiren. Zahlreiche Haufen hatten sich darin gesammelt, die fortwährend schrieen: „Es lebe Franz II.! Nieder mit dem Galantuomo!" Nach vielem Pfeifen und unzähligen Verwünschungen wurde die Ruhe auf diesem Punkte, Dank der Entfaltung von piemontesischen Truppen und der National-Garde, welche Arretirungen vornahmen, wiederhergestellt. In den Quartieren Pennino und Mercata schrie man gleichfalls: „Es lebe Franz II.! Hinaus mit den Fremden!" An der Madeleine nahm die Kavallerie, welche von dem Volk insultirt wurde, eine gewisse Anzahl Personen gefangen, mit denen jedoch die Regierung nicht weiß, was sie anfangen soll, da ihr das Geld fehlt, um die in Haft Befindlichen verköstigen zu können. An demselben Tage, dem 29. Dezember, fand eine Reaktion in Nocera, einige Stunden von Neapel, statt. In der Nacht vom 30. auf den 31. brachen reaktionäre Bewegungen in Torre del Greco, Tore dell'Annunziata, Resina, Portici, San Giovanni und Peduccio, d. h. auf der ganzen Eisenbahnlinie von Neapel nach Castellamare, aus. Es dürfte nicht lange dauern, und man wird in der Nationalgarde Spaltungen ausbrechen sehen; diejenige in Portici und Resina hat sich schon auf die Seite des Volkes gestellt. Sie besitzt so wenig Enthusiasmus für die Rolle, welche Piemont ihr zutheilen will, daß sich nur 78 Mann für die mobilen Bataillone eingeschrieben haben. Das von Ferdinand II. und Franz II. zur Unterstützung der armen Klassen auf Lager gehaltene Korn ist nach Genua gesandt worden.

Durch Dekret hat König Victor Emanuel das Hauptquartier der Armee in Süditalien aufgelöst.

Nachrichten aus Neapel vom 8. Jan. berichten von Kundgebungen, welche angekündigt, doch unterblieben waren, so wie von dem Beschlusse des Statthaltereirathes, in Masse sich zurückzuziehen, sobald der Prinz von Carignan eingetroffen. Schließlich hat Farini noch eine weise und versöhnliche Maaßregel getroffen, indem er denjenigen Geistlichen, die der Unterstützung in jetziger Zeit bedürfen, Pensionen bewilligt hat.

„Man weiß nun," heißt es in dem Schreiben der „Corr. Havas", „was den Zurücktritt des Statthalterschaftsrathes in Palermo herbeigeführt hat. Ein bewaffneter Haufe erschien vor dem Palaste Montezemolo's und verlangte die Entlassung der Herren Farina und Cordova. Man gab Feuer, und es wurden Verschiedene verwundet. Die Regierung hat eine gute Anzahl Gendarmen nach Palermo einschiffen lassen. Dies beweist, daß es ernstlich zugegangen ist, und daß, was man schon vorher sagte, die Wahl Farina's ein Fehler war. Cavour wollte sich für die ihm von Garibaldi angethane Beleidigung rächen, Farina hätte aber einen Beweis von Patriotismus und Selbstverleugnung gegeben, wenn er in Turin geblieben wäre, wohin er nun wieder zurückkehrt, um in den Staatsrath wieder einzutreten. Als Beamter kann er aber nicht Präsident der Nationalgesellschaft bleiben."

Die Bildung des neuen Statthalterschaft-Rathes von Sicilien ist gelungen. Torrearsa hat die Finanzen übernommen, Emerico Amari das Innere, Orlando die Justiz, Santelia die öffentlichen Arbeiten und Turissi das Ministerium des Ackerbaues.

In Paris am 13. Januar eingegangene Nachrichten aus Sicilien melden, daß die neuen Statthaltereiräthe gut aufgenommen worden seien und daß die Ruhe daselbst wiederhergestellt war. — Aus Neapel wird vom 12. d. gemeldet, daß der Prinz von Carignan eingetroffen und von dem englischen Geschwader salutirt worden sei.

Amerika.

— [Die Trennung der amerikanischen Union.] Die „Morning Post" bringt folgenden interessanten Brief ihres Korrespondenten aus Boston über die Trennungsfrage: Am 23. Mai 1788 nahm der Konvent des Staates Süd-Karolina einen Beschluß an, wodurch er die Verfassung der Vereinigten Staaten zu der seinen machte und Mitglied der heutigen amerikanischen Union wurde; die Mehrheit für den Beschluß betrug damals 76 Stimmen. Am 20. Dezember 1860 hat derselbe Staat mit einer Mehrheit von 169 gegen 100 Stimmen den Beschluß oder die Verordnung (ordinance) von 1788 widerrufen und ist somit aus der Union geschieden. Die Sache ist damit aber nicht endgültig besiegelt. Selbst die Mitglieder des Konvents, die der Union so schnell den Rücken kehrten, mußten einräumen, daß die Union eine vortheilbringende und, in kleinen Dingen, sehr bequeme Einrichtung gewesen sei. Dies waren im Wesentlichen die Worte des Kanzlers Dargin, und er hob während der Debatte im Konvent zwei Fakta hervor, die den Entschluß der Versammlung hätten aufhalten sollen. Das erste war, daß die Bundesregierung im letzten Quartal für den Postdienst von Süd-Karolina 240,000 D. verausgabt, in diesem Staat aber nur 50,000 D. eingenommen hatte, was auf das Jahr ein Defizit von 760,000 D. macht, eine Summe, die auf die Bevölkerung von Süd-Karolina fallen wird; und zweitens, daß die Einnahme, welche die Bundesregierung in Süd-Karolina erhebt, nicht die Einsammlungskosten deckt. Diese Fakta erwähnte ein Mitglied der Mehrheit, ein entschiedener Trennungsmann, und keinem anderen Mitgliede fiel es ein, sie zu bestreiten! Dreist kann man behaupten, daß das Auftreten von Süd-Karolina nirgends in der Geschichte seines Gleichen hat. Bei allen anderen Rebellionen hatte die rebellirende Partei über irgend einen wirklichen oder vermeintlichen Akt der Unterdrückung zu klagen. Hier ist genau das Umgekehrte der Fall. Es ist einmal kein Faktum vorhanden, das für die Wahrscheinlichkeit spräche, daß Hr. Lincoln je das Institut der Sklaverei in den südlichen Staaten antasten würde. Was die Anklage betrifft, daß die in den vereinigten nördlichen Staaten erlassenen Bills über die persönliche Freiheit die Auslieferung flüchtiger Sklaven verhinderte, so wird diese Anklage leider durch viele traurige und schmachvolle Vorgänge widerlegt. Viele flüchtige Sklaven sind in diesem Jahre (1860) verhaftet und ausgeliefert worden, und würde einer im Staate Massachusetts gefangen, so würde ihn nichts vor der Auslieferung retten, so sehr wir gegen die Sklaverei sind. Die Gesetze wegen der persönlichen Freiheit sind nur zum Schutz freier Leute da und wurden gegeben, damit Niemand für einen Sklaven erklärt werde, bis das Faktum seines Sklavenstandes klar bewiesen ist. Das Gesetz über flüchtige Sklaven oder Auslieferungsgesetz nimmt an, daß jeder Neger ein Sklave sei, das Gesetz über die persönliche Freiheit im Gegentheil nimmt an, daß jeder Mensch frei sei, und schreibt vor, daß, wer ein Eigenthumsrecht auf einen Menschen beansprucht, vorerst die Hörigkeit desselben nachweise. Kann ein Staat weniger zum Schutz seiner Bürger thun? Daß einige derjenigen, die das Gesetz durchbringen halfen, damit das Auslieferungsgesetz zu nullifiziren drohten, weiß ich wohl, aber es war dies nicht die allgemeine Tendenz, und noch viel weniger ist es die Wirkung des Gesetzes. Daß es einigen unverhaftet gebliebenen Sklaven zur Freiheit geholfen haben mag, ist wahrscheinlich, und ich denke darum nicht schlechter von dem Gesetz; aber trotzdem ist das Auslieferungsgesetz so vollständig, wie jedes andere Statut in Kraft gesetzt und viel besser von Seiten des Nordens, als die Gesetze gegen den Sklavenhandel von Seiten des Südens beobachtet worden.... Nein, die Süd-Karoliner erwähnen den wahren Grund der Empörung nicht, obgleich ihn jeder Mensch in Amerika kennt. Es ist der politische Umschwung, der durch den raschen, materiellen Aufschwung des Landes zu Stande kam; es ist der Umstand, daß die freien Staaten die Sklavenstaaten so weit überholt haben, um das Supremat (?) des Südens, unter dem wir 72 Jahre gelebt haben, abwerfen zu können. So lange der Süden die Nation beherrschen konnte, war er zufrieden. Wenn wir im Norden die Sklaverei nicht anbeteten und z. B. gelegentlich, in langen Zwischenräumen, einmal einem Sklaven zum Genuß der Freiheit unter britischer Flagge verhalfen, so waren die Sklavenhalter duldsam gegen unsere ketzerischen Ansichten und achteten uns möglicherweise darob. Sie erquickten sich mittlerweile an den soliden Segnungen der Union, die ihnen ein gar nicht unersprießlicher Garten oder Acker war. Manchmal suchten wir uns zur Unabhängigkeit zu ermannen, wurden aber stets unterworfen; und bis auf die letzten Tage hatten wir uns keines einzigen Sieges zu rühmen, als endlich mit der Erwählung Lincolns auch an uns einmal die Reihe kam. . . . Die Bedeutung, die der Beschluß von Süd-Karolina haben mag, wird von der Nachahmung, die er bei andern Staaten findet, abhängen müssen. Georgia macht Miene, bleiben zu wollen, da die Anmaaßung Einiger in Süd-Karolina selbst die Trennungsmänner dort abgestoßen hat, und wenn Georgia sich von Karolina leiten ließe, so wäre dies gerade, als ob der Staat von Newyork sich das kleine New-Jersey zum Führer nähme. Georgia ist der „Herrscherstaat" des Südens und nimmt rasch an Bevölkerung und Wohlstand zu, ein Beweis, daß es keine ernstliche Beschwerde gegen die Union haben kann. Es verliert wenige seiner Sklaven, und weiß, daß die Auflösung der Union seinen Sklavenbesitz nicht sicherer machen würde als derselbe jetzt ist. Florida ist so schlecht gesinnt wie Süd-Karolina und beabsichtigt mit letzterem zu gehen. Das Geheimniß davon ist, daß Florida vermöge seiner Lage sich zu Schmuggeleien aller Art eignet, und namentlich zur Landung von Sklaven aus Afrika, die von dort über den ganzen Süden verbreitet werden könnten. Es hat der Union, mäßig gerechnet, an 50 Mill. Dollars gekostet; und einer unserer Gründe, es zu erwerben, war, daß der Besitz zur größeren Sicherheit unserer Südküste beiträgt! Alabama hat eine starke Partei für die Losreißung, aber auch die Unionsanhänger sind dort mächtig. Arkansas hat eine Mäßigung an den Tag gelegt, die überrascht hat. In Mississippi halten sich die Unionsmänner besser, als man von ihnen erwartet hatte. Texas erklärt sich sehr aufgeregt, und da es selbst für einen südwestlichen Staat einen mehr als gewöhnlichen Ueberfluß an gewaltthätigem Pöbel hat, so mag die Trennungspartei dort wohl die Oberhand haben. In Nord-Karolina ist Mäßigung die Regel; und wenn der dort einzuberufende Konvent sich den von Süd-Karolina zum Muster nehmen sollte, so wird, wie man annimmt, das Volk aufgefordert werden, den Konventsbeschluß gut zu heißen oder zu verwerfen. Es ist dies der einzige Staat, wo der Gedanke aufgetaucht ist, dem Volke eine direkte Aktion in der Sache einzuräumen. Louisiana würde bei einer Trennung schweren Verlust erleiden. Es ist einer der wenigen Staaten, die von Anfang an das Prinzip und die Praxis des Schutzzolles begünstigt haben, was daher kommt, daß ein großer Theil seines Kapitals und seiner Arbeit der Zuckerproduktion geweiht ist. Es giebt keinen Yankee in Vermont oder in der Union überhaupt, der nicht für seinen Zucker eine schwere Summe an den Pflanzer von Louisiana steuert. Mit dem Wachsthum des Landes wächst auch dies Monopol des Louisiana-Pflanzers. Der „New-Orleans Picayune", ein gutes und vorsichtig redigirtes Blatt, erklärt, daß von je 1000 Doll., die der Pflanzer einnimmt, 300 dem protektionistischen Tarif zuzuschreiben sind, der durch die Stimmen der nordischen Kongreßmitglieder Gesetz wurde. Ob der Schutzzoll an sich weise oder thöricht ist, gleichviel, die Zuckerpflanzer hat er reich gemacht. Eine der ersten Folgen, welche der Zerfall der Union hätte, wäre die Aufhebung jenes Schutzes, denn die südlichen Staaten würden unumschränkten Freihandel mit aller Welt verlangen und in ihren Häfen den Zucker anderer Länder zollfrei einlassen, da er mit keinem ihrer Erzeugnisse konkurriren würde. Louisiana wird sich also gewiß besinnen, ehe es dem Beispiel von Süd-Karolina folgt.

Militärzeitung.

Frankreich. [Gefecht von Peking.] Die „Militärischen Blätter" bringen eine Uebersetzung des nur leider für unsere „Militär-Zeitung" zu ausgedehnten authentischen Berichts des Oberbefehlshabers der französischen Expeditionsarmee in China, Divisionsgenerals v. Montauban, an den französischen Kriegsminister über das obengenannte Gefecht. Der wesentliche Inhalt dieses Schriftstücks ist: Seit dem 10. September waren zwischen den englisch-französischen Gesandten und chinesischen Friedensunterhändlern im Angesicht der Stadt Tung-Chaou Friedensunterhandlungen angeknüpft worden, welche jedoch bis zum 17. in keiner Weise vorwärts rückten. Die verbündete Armee stand während dieser Zeit etwa 2 Lieues von der genannten Stadt entfernt, das Dorf Hou-se-wou vor der Front. An dem genannten Tage ward dieser Ort besetzt und am 18. rückte die Armee (immer noch unter fortwährenden Unterhandlungen) gegen Tung-Chaou vor. Bei dem holzreichen Dorfe Yatson, auf dem Wege dahin, stieß man auf den Feind, welcher hier eine Stärke von etwa 15,000 berittenen Tataren entfaltete und dies letztgenannte Dorf auch stark mit Fußvolk besetzt hielt. Um 10 Uhr Vormittags eröffnete das Treffen, nachdem die Franzosen noch durch eine Kompagnie englischer Shiks-Reiter unterstützt, schon früher eine Bewegung bis in die linke Flanke des Feindes ausgeführt hatten, um diesen den in ihrer ursprünglichen Position gebliebenen Engländern entgegenzutreiben. Der Angriff auf Yatson machte beinahe gar keine Schwierigkeiten, ein zweites dahinter gelegenes und ebenfalls sehr umbuschtes Dorf ward dagegen von den Chinesen mit ziemlicher Hartnäckigkeit vertheidigt. Die französisch-englische Kavallerie, welche dasselbe umgehen sollte, mußte dabei ein heftiges Feuer aushalten. Der Lieutenant v. Damas von derselben fiel und der Lieutenant d'Estremont wurde im gleichen Moment verwundet. Endlich zur Attake gelangt, nahm diese Reiterei 5 Geschütze. Die beiden Grenadier-

(Fortsetzung in der Beilage.)